

09.07.2008 19:12:26 AWP 948

CH/Fluggesellschaften wehren sich gegen EU-Emissionshandel

Bern (AWP/sda) Gegen die von der Europäischen Union beschlossene neue Klimaabgabe für Flugzeuge regt sich Widerstand in der Schweiz. Der Luftfahrtverband Aerosuisse forderte den Bundesrat am Mittwoch auf, dem EU-Emissionshandelssystem nicht beizutreten.

Nach einem Entschluss des EU-Parlaments vom Dienstag müssen Fluggesellschaften, die in der EU starten oder landen, ab 2012 für 15% ihrer Abgase CO₂-Zertifikate kaufen. Damit hofft die EU, den Ausstoss klimaschädlicher Treibhausgase zu senken.

Als Nicht-EU-Mitglied solle die Schweiz beim EU-Handel mit Verschmutzungsrechten nicht mitmachen, schreibt Aerosuisse in einer Medienmitteilung. Da der jüngste Beschluss nicht dem bilateralen Luftverkehrsabkommen unterstehe, sei die Schweiz hierzu auch nicht verpflichtet.

Der EU-Beschluss beeinträchtige nachhaltig die Wirtschaftlichkeit und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der gesamten europäischen Airline-Branche, schreibt der Verband.

Er kritisiert vor allem, dass die EU keinen globalen Ansatz verfolgt hat und Fluggesellschaften künftig international unterschiedlich zur Kasse gebeten werden. Damit seien Airlines aus den USA und der Golfregion im Vorteil.

Der Interkontinentalverkehr sei jedoch gerade für die Schweiz als Exportland von grösster Wichtigkeit - insbesondere in die USA und in die aufstrebenden Märkte im Nahen und Fernen Osten. Ein Fernbleiben der Schweizer Fluggesellschaften vom EU-Emissionshandel dürfte von den Nachbarstaaten nicht ohne weiteres akzeptiert werden.

Aus Deutschland und Österreich wurden bereits während der Beratungen zum Emissionshandelssystem Stimmen laut, die eine Verzerrung des Wettbewerbs zugunsten des Flughafens Zürich befürchteten.